



Reinhold Bocklet
**Das Verhältnis der Europäischen
Union und Russlands**

Publikation

Vorlage: Datei des Autors
Eingestellt am 31. März 2009 unter
www.hss.de/downloads/090330_RM_Bocklet.pdf

Autor

Reinhold Bocklet, MdL
Vizepräsident des Bayerischen Landtags
Staatsminister a.D.

Veranstaltung

„EU-Russland: Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft“
Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung, des Centre for European
Studies und dem Constantinos Karamanlis Institute for Democracy
(CKID)
am 30. März 2009 im Goethe Institut in Brüssel

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs
dieser Online-Adresse anzugeben.
[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).
In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Das Verhältnis der Europäischen Union und Russlands

von
Reinhold Bocklet, MdL
Vizepräsident des Bayerischen Landtags
Staatsminister a.D.

Einleitung

Der russisch-georgische Krieg im Sommer 2008 und die russisch-ukrainische Gas-krise Anfang 2009 scheinen ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Russland und der EU zu eröffnen. Moskau versucht, ohne Rücksichtnahme auf europäische Interessen seine Politik kompromisslos durchzusetzen. Insbesondere reagiert die russische Führung immer empfindlicher auf pro-westliche Orientierung einzelner Staaten im postsowjetischen Raum und zieht eine rote Linie für die Staaten, die sich in die NATO integrieren wollen. Dabei gerät Moskau auch in Konflikt mit der EU-Nachbarschaftspolitik. Gleichzeitig hat sich mit den beiden aktuellen Konflikten die Rolle der EU verändert, denn sie wird in eine neue Position des Konfliktvermittlers gedrängt.

Aber beginnen wir die Geschichte zwischen EU und Russland von vorn, nämlich am Ende des Kalten Krieges.

Vom Ende des Kalten Krieges zur Partnerschaft

1. Als Russland 1991 unter Präsident Jelzin das außenpolitische Erbe der aufgelösten Sowjetunion antrat, waren die Erwartungen und Hoffnungen auf beiden Seiten zunächst hochgesteckt.

Im Westen ging man davon aus, dass sich Russland nach einer Phase erfolgreicher Reformen in den Rahmen der Welt der demokratischen Staaten eingliedern würde.

Auf russischer Seite wurde als Zielrichtung ebenfalls die (der) Eingliederung Russlands in die „zivilisierte Staatenwelt“ (Boris Jelzin) und in die europäisch-atlantische Gemeinschaft formuliert. Vereinzelt wurde auf beiden Seiten sogar die Erwartung geäußert, Russland werde einmal, wie die anderen Staaten Ostmitteleuropas, der EU oder der NATO beitreten.

2. Beide Seiten sprachen damals von „Partnerschaft“, später auch von „strategischer Partnerschaft“ zwischen den einstigen Gegnern. Im Juni 1994 wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Russland abgeschlossen, das freilich erst zum 1. Dezember 1997 ratifiziert wurde. In der 1999 beschlossenen Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland wurde das Verhältnis der EU zu Russland dann als eine „strategische Partnerschaft“ definiert.

Der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ ist allerdings inhaltlich nicht bestimmt. Zwar liegt auf der europäisch-russischen Ebene mit den so genannten „vier gemeinsamen Räumen“ des PKA eine Russland-Strategie vor, jedoch wird auch in diesem Abkommen der Begriff als solcher nicht näher bestimmt. Allgemein wird unter diesem Begriff ein konkretes, sehr hohes Anspruchsniveau und Profil zwischenstaatlicher Beziehungen verstanden.

Danach ist für eine „strategische Partnerschaft“ kennzeichnend, dass

- die Partnerschaft einen langfristigen Charakter hat,
 - eine gemeinsame Agenda wichtiger Projekte umfasst,
 - auf einer „kritischen Masse“ an Gemeinsamkeiten, insbesondere gemeinsamen Werten beruht und
 - sich durch eine ausgeprägte Institutionalisierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakte auszeichnet.
3. Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Eintritt Russlands in die Staatenwelt war eine positive Entwicklung im Hinblick auf die Partnerschaft Russlands mit dem Westen unverkennbar.

Die Kooperation mit der NATO trat mit der Vereinbarung des NATO-Russland-Rats im Mai 2002 in eine neue Phase. Ebenfalls 2002 wurde Russland zum Vollmitglied der auf acht Mitglieder erweiterten G8 und erhielt damit die Anerkennung als eine den großen Wirtschaftsdemokratien des Westens ebenbürtige Macht. Auch eine Aufnahme Russlands in die WTO steht im Grundsatz nach wie vor auf der politischen Agenda, ist aber im Augenblick etwas in den Hintergrund getreten.

Im europäischen Rahmen ist Russland Mitglied der OSZE und seit 1996 auch des Europarats. Aus der gemeinsamen Russland-Strategie der EU vom Juni

1999 ging auch die Idee zur Schaffung der „Gemeinsamen Räume“ hervor. Auf ihrer Gipfelkonferenz im Mai 2005 in Moskau haben sich die EU und Russland nach langen und zum Teil zähen Verhandlungen auf die Schaffung von vier so genannten „Gemeinsamen Räumen“ (Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung, Bildung und kulturelle Aspekte) geeinigt. Die Beziehungen, die die EU und Russland unterhalten, gehören in ihrer Dichte und Frequenz zu den intensivsten, die beide Seiten international pflegen, wobei sich von 1990 bis heute ein engmaschiges Netz an gegenseitigen Bindungen zwischen dem Westen und Russland herausgebildet hat.

4. Aus russischer Sicht geht es vor allem um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sowohl mit den einzelnen EU-Mitgliedstaaten als auch mit der EU als internationale Organisation. Eine Einflussnahme auf die inneren Verhältnisse Russlands ist in diesem Kontext nicht vorgesehen. Vor allem aber fehlt es an einem gemeinsamen Werteverständnis, auch wenn Putin und Medwedew immer wieder westliche Werte beschwören.

Die EU (und der Europarat) besteht dagegen auf den als universal betrachteten Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Marktwirtschaft als Grundlage und Voraussetzung einer strategischen Partnerschaft. Dies lehnt Russland als Einmischung in innere Angelegenheiten ab, obwohl es nicht müde wird, die nominelle Übereinstimmung mit den westlichen Werten zu betonen.

5. Eine neue Dimension brachte der Beitritt der ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 in die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Diese Länder hatten ihre Erfahrungen mit dem Kommunismus und mit der Sowjetdiktatur gemacht und stehen Russland als Rechtsnachfolger und Kernland der ehemaligen Sowjetunion mit großen Vorbehalten gegenüber. Die Osterweiterung der EU hat in den Beziehungen der EU zu Russland zu einem Paradigmenwechsel geführt, der sich ganz konkret auf die Haltung der EU zu Russland auswirkt.
6. Die Entwicklungen der letzten Jahre machen deutlich, dass die Beziehungen der EU zu Russland mehr von der Politik einzelner Mitgliedstaaten als von der Gemeinschaftsebene her geprägt werden. Dabei kann zwischen drei Gruppen

von Staaten unterschieden werden: den Skeptikern, den Pragmatikern und den Staaten ohne ausgeprägte Interessen an besonderen Beziehungen zu Russland. Zu den Skeptikern zählen die ostmitteleuropäischen und die baltischen Staaten, die ähnliche historische Erfahrungen mit der Sowjetunion sowie die geographische Nähe zu Russland teilen. Aber auch nordische Staaten gesellen sich zu diesem Kreis dazu. Und man wird wohl auch das Vereinigte Königreich in ihre Nähe rücken dürfen.

Zwei Beispiele: Seit dem EU-Russland Gipfel in Helsinki 2006 blockierte die polnische Regierung die Neuverhandlungen des PKA, indem sie sich weigerte, der Europäischen Kommission ein entsprechendes Verhandlungsmandat auszustellen, um so auf das russische Handelsembargo gegen polnische Agrarprodukte zu reagieren. Erst mit der Aufgabe des monatelangen Vetos gegen den Beginn der Verhandlungen mit Russland 2008 durch die Regierung Tusk konnte ein neuer Anlauf zu einem umfassenden Abkommen unternommen werden.

Auf der anderen Seite ist das deutsch-russische Projekt der Nord Stream Pipeline zu nennen, die Gaslieferungen von Russland nach Deutschland unter Umgehung des litauischen und polnischen Territoriums ermöglichen soll.

7. Die Betrachtung der Beziehungen der EU zu Russland wäre unvollständig ohne die Berücksichtigung des besonderen deutsch-russischen Verhältnisses. Dieses zeichnet sich heute durch eine sehr große Breite und Dichte aus. Deutschland ist der Haupthandelspartner Russlands. Es importiert aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas. Bei den russischen Importen nimmt Deutschland mit großem Abstand zu allen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern den ersten Platz ein und ist Russlands Hauptlieferant von Investitionsgütern.

Zugleich ist Deutschland durch kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen in zahlreichen russischen Städten vertreten. Russland bildet den Hauptadressaten der deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Auf politischer Ebene wurden seit 1990 eine Vielzahl bilateraler Abkommen geschlossen. Seit 1998 finden die jährlichen Regierungskonsultationen als Gipfeltreffen und auf Ministerienebene abwechselnd in Deutschland und Russland statt. Im Sommer 2008 hat der deutsche Außenminister Russland eine Modernisierungspartnerschaft ange-

boten, die vor allem helfen soll, den technologischen und zivilisatorischen Rückstand Russlands zu beheben. Dahinter steht auch die Philosophie einer Annäherung durch Verflechtung. Über diese Regierungskonsultationen hinaus sind beide Seiten in Gesprächsforen der Zivilgesellschaften wie dem Petersburger Dialog und dem Deutsch-Russischen Forum vernetzt.

Russlands Rückkehr zur Autoritarismus und Weltmachtanspruch

8. Die Regierungszeit des Präsidenten Putin war mehr und mehr gekennzeichnet von einer Rückkehr Russlands zu einem bürokratisch-autoritären Regierungssystem und von dem Anspruch auf die Wiedergewinnung der Weltmachttrolle Russlands in den internationalen Beziehungen.

Den Hintergrund für diese Entwicklung bilden zwei traumatische Erfahrungen der Jelzin-Ära. Das, was damals als Demokratie und freie Marktwirtschaft praktiziert wurde, haben viele Russen als Chaos und wirtschaftlichen Niedergang erfahren. Damit ist die als westlicher Import empfundene freiheitlich-demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung in den Augen vieler Russen gründlich diskreditiert. Hinzu kommt der Verlust des Imperiums durch die Auflösung der Sowjetunion, für die die GUS keinen realen Ersatz bietet. Für Putin ist dies die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Putins Antwort sind die konsequente Stärkung der Position und Kontrolle der Zentralgewalt gegenüber autonomen Machtpolen in der Gesellschaft sowie die Rezentralisierung und Konzentration der staatlichen Macht bei Präsident und Regierung.

9. In der Außenpolitik sieht sich Russland heute sowohl als Partner wie als Konkurrent des Westens. Das Ziel der Außenpolitik Putins und Medwedews besteht darin, für Russland wieder den Rang einer Weltmacht zurückzugewinnen und Russland einen Platz in der Welt zu verschaffen, der dem der USA ebenbürtig ist. Dabei bilden Energieträger (Öl, Gas) eine Schlüsselressource von globaler Bedeutung und können als eine wirksame politische Waffe eingesetzt werden.

Vorrangiges Ziel der russischen Außenpolitik ist zunächst die Sicherung des postsowjetischen Raumes als russische Einflussphäre, in dem eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorrangstellung Russlands etabliert wer-

den soll. Russland behandelt den postsowjetischen Raum als „nahes Ausland“, zu dem besonders enge politische Kontakte bestehen. Aus dem Hegemonie-Streben Russlands erklärt sich auch die Unterstützung für das autoritäre Regime in Usbekistan sowie der Druck auf die GUS-Staaten Ukraine, Moldau und Georgien, die sich von Moskau entfernen und ihren eigenen Weg gehen wollen, und andererseits die Unterstützung des totalitären Regimes in Belarus sowie der separatistischen Kräfte in Transnistrien, Südossetien und Abchasien.

10. Russland nutzte deshalb nur allzu gern die unbedachte Militäraktion Georgiens gegenüber Südossetien, um dem georgischen Präsidenten Saakaschwili eine Lektion zu erteilen und in Südossetien, aber auch in Abchasien vollendete Tatsachen zu schaffen. Dabei konnte es sich auf die nach dem georgisch-südossetischen Krieg 1992 eingerichtete so genannte Friedenstruppe stützen, mit der es Südossetien in den letzten Jahren schrittweise destabilisiert hatte. Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo verstärkte Russland sein stilles Protektorat über die beiden georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien, indem es die Truppen vermehrte und Milizen bewaffnete. Auf die georgische Militäraktion reagierte Russland mit einer massiven Demonstration der Stärke, griff georgisches Kerngebiet an, bombardierte Pipelines und Flughäfen, errichtete eine Seeblockade und zeigte sowohl Georgien als auch seinen Freunden im Westen unmissverständlich ihre Grenzen auf. Schließlich wurde diese Machtdemonstration durch die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens besiegelt.
11. Die EU hat auf diesen Exzess russischer Machtpolitik rasch und zugleich besonnen reagiert. Nachdem die Vermittlungsbemühungen des deutschen Außenministers als Koordinator der Freundesgruppe des GS der UN für Georgien bei seiner Reise nach Georgien, Abchasien und Russland vom 17. bis 19. Juli offensichtlich nichts zur Befriedung der Lage hatten beitragen können, ergriff der EU-Ratspräsident Sarkozy, als der Konflikt militärisch eskaliert war, die Initiative und erreichte mit seinem Sechs-Punkte-Plan, dem Moskau und Tiflis zustimmten, einen Waffenstillstand, der allerdings für Russland durchaus vorteilhaft ausfiel, weil der Rückzug der russischen Truppen auf Südossetien von Bedingungen abhängig gemacht wurde, an deren Formulierung Russland

selbst wieder beteiligt ist. Hatte Russland darauf gehofft, dass sich die Europäische Union nicht auf eine klare gemeinsame Position würde verständigen können, so wurde es durch die Beschlüsse des EU-Sondergipfels vom 1. September 2008 eines Besseren belehrt. Darin verurteilten die EU- Staats- und Regierungschefs nicht nur das militärische Vorgehen Russlands in Georgien und besonders die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien scharf, sondern sie verlangten auch den Rückzug der russischen Truppen auf die Positionen, die sie vor dem Ausbruch der Krise am 7. August innehatten.

Mit der einstimmigen Reaktion auf die russische Aggression hat die EU trotz der unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen der Mitgliedsstaaten ihre Handlungsfähigkeit in einer schwierigen Situation unter Beweis gestellt. Dies dürfte auch eine Lektion für die russische Führung gewesen sein, die ganz offen auf die Uneinigkeit der Europäer gesetzt hatte.

Schlussfolgerungen

12. Die europäisch-russischen Beziehungen wie auch die deutsch-russischen Beziehungen befinden sich nach wie vor in einem schwierigen Zustand, in dem Anspruch und Realität nicht übereinstimmen. Im historischen Vergleich sind sie zwar nach wie vor gut. Trotzdem bleiben sie hinter dem, besonders von westlicher Seite gesteckten, Ziel einer strategischen Partnerschaft weit zurück.

Die Rückkehr Russlands zu einem bürokratisch-autoritären System im Inneren und zu einem neuen Weltmachtanspruch in der Außenpolitik bilden die zwei entscheidenden Faktoren, die der Verwirklichung einer echten strategischen Partnerschaft im Wege stehen. Davon hängt in den nächsten Jahren auch entscheidend die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen insgesamt ab.

Eine Änderung der gegenwärtigen innenpolitischen Situation in Russland ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Das System Putin, egal ob Putin Präsident oder Ministerpräsident ist, kann sich bei steigendem Wohlstand auf ein hohes Maß an Zustimmung in der Bevölkerung stützen, die auch in freien

Wahlen Bestätigung findet, zumal die Bevölkerung den misslungenen Ansätzen zur Etablierung von Demokratie und Marktwirtschaft unter Boris Jelzin nicht nachtrauert. Allerdings könnten die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die russische Wirtschaft und Gesellschaft die erreichte Stabilisierung wieder in Frage stellen.

Die Politik Putins und Medwedews ist darauf gerichtet, formal demokratische Verfahren mit dem Ziel hoher Systemstabilität anzuwenden und den erreichten Stand an Konsolidierung nicht zu gefährden. Während faktisch die Pluralität der politischen Kräfte massiv reduziert und das System von checks and balances außer Kraft gesetzt wird, wird gleichzeitig darauf geachtet, die Regeln der Verfassung formal einzuhalten oder Änderungen zumindest in ordnungsgemäßen Verfahren vorzunehmen.

13. Angesichts seiner differenzierten Interessenlage ist in der Zukunft von einer doppelten Strategie Russlands auszugehen:

- Um den wirtschaftlichen Modernisierungskurs fortzusetzen und das gegenwärtige Regime international zu legitimieren, ist Russland auf den Westen als Partner angewiesen. Daher wird es in einigen Feldern, in denen es ohnehin der unverzichtbare Partner des Westens ist und bei denen es in seinem Interesse liegt, auch weiterhin die Kooperation mit dem Westen suchen.

Dazu ein kurzer Blick auf die Handelsdaten:

Die EU war 2007 mit einem Anteil von 51,5% am russischen Außenhandel der weitaus größte Handelspartner des Landes. Das Gesamtvolumen der EU-Exporte nach Russland betrug 2007 92 Milliarden Euro. Die Direktinvestitionen aus der EU lagen bei etwa 17 Milliarden Euro.

Die Exporte Russlands in die EU übersteigen die Importe erheblich. 2007 bezogen die EU-Länder aus Russland zusammen Güter im Wert von 143,5 Milliarden Euro, von denen 66% aus Energieträgern, d.h. vor allem Gas und Öl, bestanden. Insgesamt ist Russland mit 232 Milliarden Euro nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner der 27 EU-Mitgliedstaaten.

- Zugleich dürfte Russland aber stärker als bisher eine Abgrenzung zum Westen vornehmen und versuchen in Zusammenarbeit mit China und anderen konträre Ziele und Interessen auch gegen den Widerstand des Westens durchzusetzen. Dahinter steht der Versuch, eine Gegenmachtbildung im Interesse eigener Weltmachtambitionen und in Konkurrenz zum Westen zu betreiben.

Die russische Führung akzeptiert keine weitere Ausdehnung des amerikanischen und europäischen Einflusses, keine weitere NATO-Osterweiterung sowie keinen weiteren Regimewechsel durch „farbige“ Revolutionen. Vor allem wird sich Russland mit aller Kraft gegen die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO sperren. Umso mehr wird der Westen darauf bestehen müssen, die Entscheidungsfreiheit der Ukraine und Georgiens zu sichern. Außerdem wird Russland weiterhin versuchen, im Kosovo-Konflikt die serbische Karte zu spielen, auch wenn sich in Serbien längst Ernüchterung über den traditionellen Freund eingestellt hat. Auch die russische Iran-Politik ist von dem Bestreben gekennzeichnet, als eigenständige Großmacht gegenüber einem gefährlichen Nachbarn zu agieren. Ebenso dienen die Ankündigungen militärischer Rüstungsanstrengungen dazu, den Weltmachtanspruch Russlands trotz fehlender Finanzmittel zu unterstreichen.

Andererseits sind Medwedew und Putin bemüht, den Gesprächsfaden mit den USA und der EU nicht abreißen zu lassen. Auch im Rahmen des Nah-Ost-Quartetts ist Russland ein berechenbarer Partner. Generell bleibt der Westen in einer Reihe herausragender Fragen der internationalen Sicherheit auf Russland angewiesen. Dazu zählen u.a. die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus, die Stabilisierung Afghanistans, die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens sowie des Balkans, die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, die Verhinderung eines Zusammenpralls der westlichen Zivilisation mit der Welt des Islams und die Lösung globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme.

14. Das geschilderte Szenario sollte nicht entmutigen. Der ständige Dialog und eine Partnerschaft mit Russland muss auch weiterhin Ziel westlicher, europäischer Politik bleiben. In diesem Zusammenhang sollte die wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit konsequent ausgebaut werden, wobei das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen neben der Energiepartnerschaft die zentrale Rolle spielen sollte.

Der EU-Russland-Gipfel vom 27. Juni 2008 hatte einen Durchbruch für die Verhandlungen über einen neuen Partnerschaftsvertrag markiert. Endlich hatten sich die EU-Mitgliedsstaaten auf ein weit reichendes Verhandlungsmandat für die Kommission verständigt. Nach der Georgien-Invasion wurden die Verhandlungen zunächst einmal ausgesetzt, um sie später wieder aufzunehmen. Deshalb ist es nötig, sich mit dem Konzept dieses Abkommens auseinander zu setzen.

Aus Brüsseler Sicht dürfte es umso leichter sein, einen umfassenden Vertragsabschluss zu erreichen, je mehr Sachfragen auf dem Tisch liegen. Der russische Ansatz favorisiert dagegen ein politisches Rahmenabkommen, dem Sektorenabkommen folgen könnten.

Niemand bezweifelt, dass einem neuen Abkommen sehr schwierige Verhandlungen vorausgehen werden, zumal die EU-Kommission darauf besteht, dass jedes neue Abkommen den jetzigen institutionellen Rahmen einschließlich der jüngsten Neuerungen wie den Ständigen Partnerschaftsrat mit einbezieht.

Die wirtschaftliche Seite des Abkommens hängt unmittelbar von Russlands Beitritt zur WTO ab, der sicher noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die EU von russischer Energie abhängt, dürfte das Energiekapitel ein besonders umstrittener Abschnitt der Verhandlungen werden. Bisher blieb die EU mit ihren Bemühungen erfolglos, Russland dazu zu bringen, den Vertrag über die Energiecharta (ECT), den es schon unterzeichnet hat, zu ratifizieren.

Das umstrittenste Kapitel dürfte allerdings das über die gemeinsamen Werte werden. Hier wird die EU als Mindestanforderung von Russland verlangen müssen, seinen Verpflichtungen unter den UN, der OSZE und dem Europarat einschließlich des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nachzukommen. Auf diese Weise würden Russland und die EU eine gemeinsame internationale Rechtsgrundlage für den Schutz der Menschenrechte besitzen.

Eng damit verbunden werden muss die so genannte Konditionalitätsklausel, nach der im Fall einer gewichtigen Verletzung des Vertrages jede der Parteien einseitig die Umsetzung des Abkommens aussetzen kann.

Ein umfassendes neues Abkommen würde die Beziehungen zwischen der EU und Russland nachhaltig stärken, die wirtschaftliche Verflechtung fördern, die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor verbessern und den vier gemeinsamen Räumen ein größeres vertraglich fundiertes Gewicht verleihen.

15. Die jüngste Gaskrise stellt nun einen neuen kritischen Höhepunkt in den Beziehungen zwischen der EU sowie Russland und der Ukraine dar: Moskau und Kiew haben sich als wenig zuverlässige Partner erwiesen, indem sie ohne Rücksicht auf die EU-Staaten ihre Auseinandersetzung bis zur Abschaltung der Gaslieferungen eskalierten. Russland hat erstmals für längere Zeit die Gaslieferungen nach Europa unterbrochen. Gleichzeitig hat die Ukraine ihr Transitmonopol auf russische Gaslieferungen von Ost nach West für die Durchsetzung eigener Interessen instrumentalisiert. Innerhalb der EU hat die Krise zu einer Debatte um eine größere Diversifizierung und geringere Abhängigkeit bei der Energieversorgung von Russland und der Ukraine geführt. Statt Russland könnte Zentralasien jetzt zum bevorzugten Energiepartner der EU aufsteigen. Das wachsende europäische Interesse an der alternativen Pipeline Nabucco kann als eine direkte Folge des Georgien-Krieges und der Gaskrise verstanden werden. Von europäischer Seite wird damit die Forderung verbunden, klare Regeln für den Transit von Rohstoffen in das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland hineinzuschreiben. Weiterhin sollten eindeutige Signale an die Ukraine ausgesandt werden, dass ihr intransparentes Handeln im Gaskonflikt nicht hilfreich für einen NATO-Beitritt und die EU-Nachbarschaftspolitik war.

Die EU hat einen wichtigen, wenn auch begrenzten Einfluss auf Russland. Der mächtige Binnenmarkt der EU und die Nachfrage nach russischen Energieressourcen bilden solide gegenseitige Interessengrundlagen.

Einerseits ist die EU, insbesondere Deutschland, von Energielieferungen aus Russland abhängig, andererseits benötigt Russland selbst finanzielle Investitionen und vor allem Know-how, um seine Wirtschaft und Gesellschaft zu mo-

dernisieren und die Energieabhängigkeit bei den Exporterlösen zu reduzieren. Hinzu kommt die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Russland besonders hart trifft. Ob angesichts dieser Konstellation in absehbarer Zeit eine „strategische“ Partnerschaft entwickelt werden kann, wird die Zukunft zeigen. Solide Vertragsbeziehungen auf der Grundlage des Gebens und Nehmens wären fürs erste schon ein Erfolg. Dazu kommt das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein in zahlreichen Fragen der internationalen Politik, deren wegen der Gesprächsfaden mit Moskau nicht abreißen darf.

Der Gaskonflikt legte viele Facetten des vielschichtigen Beziehungsgefüges zwischen Russland und Europa offen. Die beiderseitige Interdependenz ist offensichtlich und wird von keinem verantwortlichen Politiker bestritten. Russland ist und bleibt ein schwieriger Partner. Präsident Medwedjew regte einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag an. Das Thema Energiesicherheit wird darin von zentraler Bedeutung sein.

Die Realpolitik gebietet, dass angesichts des neuen russischen Revisionismus der Westen Abschied von Illusionen nimmt und seinen Umgang mit Russland der neuen Lage anpasst. Wenn die EU diese Lektion aus dem Georgien-Krieg und dem Gaskonflikt lernen und konsequent mit einer Stimme antworten würde, dann wäre viel für ihre Selbstbehauptung und ihre internationale Reputation erreicht. Europa sollte sich mit seiner Antwort nicht allzu lange Zeit lassen. Historische Zeitfenster wie nach dem Ende des Kalten Krieges können sich nicht nur öffnen, sondern auch schnell wieder schließen.